

## Wortprotokoll der Plenarsitzung vom 29.1.2009

### **Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin**

#### **Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 7., Gewerbesteuereinnahmen, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlagen B 795 des Magistrats, NR 1252 der FAG-Fraktion und NR 1259 der SPD-Fraktion. ...Es liegen die ersten Wortmeldungen vor, zunächst von Frau Weber, SPD-Fraktion.

#### **Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

meine Damen und Herren!

Gewerbesteuereinnahmen können wir nur dann erzielen, wenn es uns gelingt, die Unternehmen, die sie zahlen sollen, in Frankfurt zu halten. In Zeiten der Krise wird bei den Unternehmen knallhart gerechnet. Da geht es um harte Standortfaktoren, um Kostenkontrolle, politischen Einfluss und Wettbewerbsvorteile, um Gewinnmargen, Zukunftsfähigkeit und letztendlich um das wirtschaftliche Überleben. Unternehmen kämpfen um jeden Cent, und eine Stadt wie Frankfurt muss gut aufgestellt sein, um mithalten zu können. Der Wirtschaftsdezernent macht es sich leicht. Wenn Unternehmen sich in Frankfurt ansiedeln, war es die Politik des Magistrats. Wenn Unternehmen weggehen, war es die Entscheidung der Unternehmen, und da kann der Magistrat leider nichts machen. So einfach kann sich Herr Rhein das aber nicht machen, sich selbst für handlungsunfähig zu erklären und den Rest auszusitzen. Eine solche Vogel-Strauß-Politik, die den Kopf in den Sand steckt, ist für Frankfurt beschämend und peinlich.

(Beifall)

Um große Worte ist der Wirtschaftsdezernent nicht verlegen, doch die Ergebnisse sind verheerend. Anfang 2008 erklärte die Börse ihren Wegzug aus Frankfurt. Der Magistrat hat angeblich nichts gewusst, obwohl die Börse seit zwei Jahren in Geschäftsberichten von Kostensenkung spricht, von zu hohen Mieten und Investitionen in neue Gebäude, obwohl alle wussten, dass der Mietvertrag 2010 ausläuft, obwohl die Börse ein halbes Jahr zuvor presseöffentlich angekündigt hat, dass sie einen neuen Standort sucht. Obwohl die Oberbürgermeisterin auf vielen Empfängen mit Dr. Francioni zusammengetroffen ist, ist nichts passiert, und nun haben wir das Problem, dass uns 50 bis 100 Millionen Euro Steuereinnahmen verloren gehen.

(Beifall)

Im letzten Jahr wurde auch ein neuer Standort für das Museum der Weltkulturen gesucht. Wieder wurde viel geplant, gezockt und versprochen. Zu spät bemerkte der Magistrat, dass er durch die Aufwertung des Grundstücks der Degussa in die Hände spielte, die damit ihren Wegzug aus Frankfurt finanzierte.

(Beifall)

Im Vertrag mit DIC stand: der frühere Eigentümer Degussa erhält eine Sonderprämie, wenn das Grundstück aufgewertet wird. Auch hier hat der Magistrat gepennt. Wieder gingen hunderte von Arbeitsplätzen in Frankfurt verloren.

(Beifall)

Das nachfolgende Possenstück, welches der Magistrat aufführte, genannt Radeberger, ist kaum noch zu überbieten. Zwei Presseerklärungen und ein öffentliches Ultimatum von Radeberger waren nötig, um den Magistrat überhaupt zum Handeln zu bewegen. Als erstes bot Stadtrat Schwarz ein Grundstück im Grüngürtel an, nicht mit der Umweltdezernentin abgestimmt, die prompt ihr Veto einlegte. Als zweites bot die Oberbürgermeisterin ein Grundstück im Industriepark an, das Radeberger bereits mehrfach abgelehnt hatte. Trotzdem erklärte die Oberbürgermeisterin, sie wolle sehr intensiv dafür werben. Hat sie nicht zugehört oder hat sie nicht verstanden? Als drittes bot ein Landwirt sein Grundstück in Nieder-Erlenbach an. Prompt trat die Stadt Bad Vilbel auf den Plan und legte ihr Veto ein. Schlussendlich erklärte die Firma Radeberger fast flehentlich, dass sie bitte nur ein oder zwei ausgearbeitete Angebote haben möchte, mit denen sie etwas anfangen kann, dies alles öffentlich über die Presse, das war sehr peinlich für den Magistrat.

(Beifall)

In der ganzen Zeit war vom Wirtschaftsdezernenten nichts zu hören. Man fragt sich: Darf er nicht, kann er nicht oder will er nicht oder alles drei? Auch daraus hat der Magistrat nicht allzu viel gelernt. Im allgemeinen Höhenrausch um das HOLM, das House of Logistics and Mobility, hat er nicht bemerkt, dass gerade einer der Keyplayer dieser Branche, der Verband der Automobilindustrie, schon die Klinke in der Hand und Frankfurt den Rücken gekehrt hatte. Ich zitiere aus der FAZ, die den meisten als wirtschaftskompetent bekannt ist, Herrn Köhler. Er schreibt in seinem Kommentar zum Wegzug des VDA am 22. Januar, dass der Wirtschaftsstandort Frankfurt damit einen weiteren Schlag erleidet: .Der Wegzug der Börse nach Eschborn, der Umzug der noch verbliebenen Teile der einstigen Degussa nach Hanau, das unwürdige Spiel mit der Radeberger Gruppe, jetzt noch die Abwanderung des Automobilverbandes, es kommt viel zusammen..

(Beifall)

Der Präsident des VDA, Matthias Wissmann, ein ehemaliger CDU-Minister, erklärt, der Grund für den Umzug nach Berlin sei die größere Nähe zur Bundespolitik, wir haben es vorhin gehört, das heißt auch zur Bundeskanzlerin.

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich ausreden, dann erkläre ich es Ihnen. Ich verstehe, dass die Oberbürgermeisterin als CDU-Politikerin, wie sie vorhin gesagt hat, diese Erklärung gut findet, zumal sie sie von der Verantwortung entlastet, für den Standort Frankfurt kämpfen zu müssen. Ich hätte erwartet, dass die Oberbürgermeisterin dieses Argument nicht einfach übernimmt und damit alle anderen Verbände geradezu auffordert, es ebenso zu tun.

(Beifall)

Damit sagt sie deutlich, dass ihrer Meinung nach von Frankfurt aus keine Verbandspolitik zu machen ist, und dass nur der Einfluss hat, der am Rockzipfel der Kanzlerin hängt. Ich hätte erwartet, dass die Oberbürgermeisterin als Stadtoberhaupt sich zumindest die Zusage geben lässt, dass die IAA auch nach 2011 in Frankfurt bleiben wird. Dazu braucht sie nicht die Einwilligung der Messe.

(Beifall)

Ich hätte erwartet, dass der Magistrat, wenn er endlich einmal ein Problem erkennt, auch Lösungen entwickelt und umsetzt. Aber wieder einmal weisen Sie die Verantwortung von sich, denn Sie haben keine Konzepte.

(Beifall)

In Zeiten der Krise, und in solchen befinden wir uns, wird auch der Standortwettbewerb der Kommunen schärfer. Berlin hat in diesem Konkurrenzkampf gerade eine härtere Gangart eingelegt. Frankfurt hat dem bisher nichts entgegenzusetzen. Ich zitiere aus der Rundschau von heute zum Fall Suhrkamp: .Oberbürgermeisterin Petra Roth und Kulturdezernent Felix Semmelroth versichern, sie seien beständig mit Suhrkamp im Gespräch, um den renommierten Verlag in Frankfurt zu halten. Ein Angebot wie Berlin könnten sie aber nicht machen., so die Rundschau. Außer schöner Worte haben die beiden nichts zu bieten.

(Zurufe)

Wieder einmal ist der Wirtschaftsdezernent nicht dabei und lässt sich das Heft aus der Hand nehmen. Das Ergebnis seiner Politik ist: Dem Wirtschaftsdezernenten laufen die Unternehmen davon und mit ihnen die Arbeitsplätze. Seine bisherige Amtszeit bildet eine Kette von Misserfolgen, die die Stadt Frankfurt sich in Krisenzeiten nicht mehr leisten kann.

(Beifall)

Bisher waren das alles nur Unternehmen, die gut dastanden und investieren wollten. Wenn es dem Dezernenten aber schon nicht gelingt, die Erfolgreichen bei der Stange zu halten, was wird passieren, wenn es um Unternehmen geht, die in der Krise stecken und um das Überleben kämpfen, Unternehmen, bei denen jede verpasste Chance, jedes Zuwarten das Aus bedeuten kann und an denen viele Arbeitsplätze und Existenzen hängen.

(Beifall)

In Zeiten der Krise ist es nicht angesagt, nach Dubai und China zu reisen und von ausländischen Investoren zu träumen. Da kommt es darauf an, den Status Quo zu sichern und zu erhalten, denn wer oben ist, kann tief fallen. Die zu erwartenden Steuerausfälle bei den Banken, die Kreditklemme bei den kleinen und mittleren Unternehmen und die Folgen des einbrechenden Exportgeschäftes sind Gründe genug, sich intensiv und sofort mit den Unternehmen und ihrer finanziellen Situation zu beschäftigen und Lösungen zu finden. Wir, die SPD-Fraktion, fordern in dieser Situation nichts anderes, als dass der Magistrat endlich aus seinen Träumen erwacht, auf den Boden der Tatsachen zurückkommt, sich vernünftig koordiniert und sich der mühsamen Alltagsarbeit unterzieht, den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Leben zu erhalten. Viel Zeit dazu hat er nicht mehr.

Danke!